

AK Wien: Starke Stimmen für bessere Arbeitsbedingungen und Rentenreform!

Am 27. Mai 2025 tagte die 183. Vollversammlung der AK Wien, um Anträge zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu beschließen.



Nachrichten AG

Wien, Österreich - Am 27. Mai 2025 fand die 183. Vollversammlung der Arbeiterkammer (AK) Wien statt. Im Rahmen dieser bedeutenden Veranstaltung erörterte die Versammlung eine umfangreiche Palette an Anträgen, die das Leben und Arbeiten in Wien verbessern sollen. Die Präsidentin der AK, Renate Anderl, hielt einen politischen Bericht und präsentierte den Rechnungsabschluss für das Jahr 2024, der ein positives Prüfungsurteil der Wirtschaftsprüfer erhielt und einstimmig angenommen wurde.

Ein zentrales Thema der Diskussion war die Forderung nach mehr Demokratie in Zeiten politischer Umbrüche. Der Antrag, der von der FSG, GA und AUG/UG eingebracht wurde, fand

große Unterstützung. Zudem wurden Anträge für bessere Arbeitsbedingungen für überlassene Arbeiter:innen sowie die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Plattformarbeit behandelt.

Renteneintrittsalter und Arbeitsmarkt

Eines der klaren Ergebnisse der aktuellen Vollversammlung war die Ablehnung einer Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters. Diese Position spiegelt sich auch wider in der breiteren Debatte, die in Europa stattfindet. In Ländern wie Frankreich wurde das Renteneintrittsalter von 62 auf 64 Jahre angehoben. Dies geschah trotz erheblichem Widerstand aus der Bevölkerung, inklusive landesweiten Streiks, wie **Tagesschau berichtet**.

In Deutschland beträgt das gesetzliche Renteneintrittsalter für Personen, die nach 1964 geboren wurden, 67 Jahre. Dort gibt es Übergangsregelungen für ältere Jahrgänge, aber um frühzeitig in Rente zu gehen, sind 45 Arbeitsjahre erforderlich, was den Zugang zur Rente erschwert. Interessanterweise zeigt ein Vergleich, dass Deutsche im EU-Durchschnitt mit fast 66 Jahren in Rente gehen, was über den Werten anderer europäischer Länder liegt.

Arbeitsbedingungen und soziale Gerechtigkeit

Die AK Wien fordert auch Verbesserungen im Mietrecht und eine Umgestaltung des Klimabonus, um die soziale Gerechtigkeit in der Stadt zu fördern. Ein Antrag der FCG-ÖAAB wurde abgelehnt, der sich gegen die Reduzierung von Bankfilialen und Personalabbau in Banken richtete. Zudem setzte sich die Vollversammlung für die Beibehaltung der Steuerfreiheit von Feiertagszuschlägen ein.

Besonders betont wurde die Notwendigkeit für eine bessere Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Migrationsbiografie und

die Forderung nach einem älterenbeschäftigungspaket. Diese Aspekte stehen im Einklang mit dem aktuellen gesellschaftlichen Trend, dass ältere Arbeitnehmer:innen häufig bis ins hohe Alter arbeiten möchten, auch wenn dies in vielen Berufen aus gesundheitlichen Gründen herausfordernd ist.

In Österreich liegt das Regelpensionsalter für Männer bei 65 Jahren und für Frauen bei 61 Jahren, mit einer schrittweisen Anhebung bis zum Jahr 2033, was die Diskussion um ein höheres Renteneintrittsalter weiterhin relevant macht. Die Debatte über Anpassungen des Renteneintrittsalters, wie sie auch in anderen europäischen Ländern geführt wird, bleibt ein zentrales Thema für die Gesellschaft **bpb** und erfordert eine fundierte Auseinandersetzung mit den Arbeitsbedingungen und der Lebensrealität der Bevölkerung.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.tagesschau.de • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at